
12403/J XXIV. GP

Eingelangt am 06.07.2012

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Franz Riepl, Renate Csörgits
und GenossInnen

an die **Bundesministerin für Finanzen**

betreffend **Stelleninsete der Österreichischen Post AG**

In der Tageszeitung "Österreich" findet sich am 6. Juli 2012 ein Inserat der Österreichischen Post AG, in dem Urlaubersatzkräfte gesucht werden.

Die BewerberInnen sollen engagiert, tatkräftig, körperlich fit, belastbar und erwachsen sein. Gute Deutschkenntnisse sind eine weitere Voraussetzung.

Für den 40-Wochenstunden-Job (Vollzeitarbeit) als Briefzustellerin wird ein monatliches Bruttogehalt von € 821,20 geboten!

Dieses Angebot wird von vielen BewerberInnen als Ausbeutung angesehen. Proteste der Postgewerkschaft gegen diese seit Jahren bestehende Vorgangsweise beim Vorstand der Österreichischen Post AG blieben in der Vergangenheit ergebnislos.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Finanzen folgende

Anfrage:

1. Halten Sie es generell für zeitgemäß, dass erwachsenen Menschen in unserem Land bei einer Vollzeitbeschäftigung ein monatliches Bruttogehalt von € 821,20 angeboten wird?
2. Stimmt es, dass das angegebene monatliche Bruttogehalt von € 821,20 schon seit Jahren unverändert ist?
3. Seit wann konkret besteht dieser Gehaltswert und wurde er jemals - und wenn ja, um wie viel - angehoben?
4. Ist Ihnen bekannt, dass in der Post AG seit 2009 ein Kollektivvertrag besteht, der für BriefzustellerInnen ein weitaus höheres Bruttogehalt vorsieht?
5. Was werden Sie im Rahmen Ihrer Ressortzuständigkeit und -Verantwortung tun, um eine ordentliche und gerechte Gehaltssituation auch für Aushilfskräfte in der Briefzustellung zu garantieren?

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.